

Richterbund M-V, c/o Amtsgericht Ribnitz-Damgarten
Scheunenweg 10, 18311 Ribnitz-Damgarten

c/o Amtsgericht Ribnitz-Damgarten
Herrn DAG Axel Peters
Scheunenweg 10
18311 Ribnitz-Damgarten

Telefon: 03821 / 873 – 214
Telefax: 03821 / 873 – 193

E-Mail: kontakt@richterbund.info
Internet: www.richterbund.info

Offener Brief

Ribnitz-Damgarten, den 07.09.2015

Volksentscheid über die Gerichtsstrukturreform

Im Namen der Initiatoren des Volksbegehrens gegen die Gerichtsstrukturreform, dem Richterbund und dem Verein Pro Justiz M-V möchte ich mich bei allen, die sich engagiert haben, das Volksbegehren und die Vorbereitung des Volksentscheides so tatkräftig unterstützt haben, ganz herzlich bedanken.

Nun ist der erste durch das Volk herbeigeführte Volksentscheid in Mecklenburg-Vorpommern Geschichte. Aufgrund der geringen Abstimmungsbeteiligung – insbesondere in den Städten – war die notwendige Zustimmung von einem Drittel der Wahlberechtigten nicht zu erreichen. Damit haben auch wir die allgemeine Politikverdrossenheit und das Desinteresse der Menschen an Politik zu spüren bekommen. Man hätte denken können, dass die erstmalige Möglichkeit der direkten Einflussnahme gerade auch einen Teil der "Verdrossenen" zur Teilnahme motiviert. Wenn selbst das nicht mehr gelingt, ist das ein alarmierendes Signal für den Zustand unserer Demokratie. Daran muss Politik endlich arbeiten – bloße Lippenbekenntnisse zur Demokratie und Appelle reichen dabei nicht aus.

Auch wenn es am Ende nicht gereicht hat, sehen wir das Ergebnis gleichwohl als großen Erfolg an. Nach dem vorläufigen Ergebnis haben über 262.608 Menschen für die Aufhebung der Gerichtsreform gestimmt. So eine Zustimmung kann keine der im Landtag vertretenen Parteien für sich verbuchen. Die SPD als stärkste Partei hat bei den letzten Landtagswahlen lediglich 242.251 Zweitstimmen erhalten und das, obwohl es beim Volksentscheid auch noch 40.000 Abstimmungsberechtigte weniger gab, als bei den Landtagswahlen 2011. Für eine Schar von politischen Laien mit einem Thema, was für viele Menschen schwer fassbar ist, ein mehr als respektables Ergebnis, wie ich finde.

Wir werden die Umsetzung der Gerichtsstrukturreform weiter kritisch begleiten. Am dringendsten dürfte jetzt das Problem der Aufgabenzuordnung der Zweigstellen sein, nachdem das Oberverwaltungsgericht die Zweigstellenverordnung teilweise für unwirksam erklärt hat. Es ist abzusehen, dass Geschäftsverteilungspläne abweichend von den "Vorgaben" der Verordnung beschlossen werden. Interessant wird, wie die Landesjustizverwaltung den dann bestehenden Notwendigkeiten an Räumlichkeiten, Ausstattung und Personal an den Zweigstellen hinreichend Rechnung trägt. Die Behauptung, dass die Zweigstellen "sicher seien" wird erst noch den Praxistest überstehen müssen.

Nochmals mein herzlicher Dank an alle Unterstützer.

Axel Peters
Vorsitzender des Richterbundes M-V